

**ZUKÜNFT DER GESELLSCHAFT 43. KONGRESS
DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE
JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT JGU MAINZ
28. SEPTEMBER – 02. OKTOBER 2026**

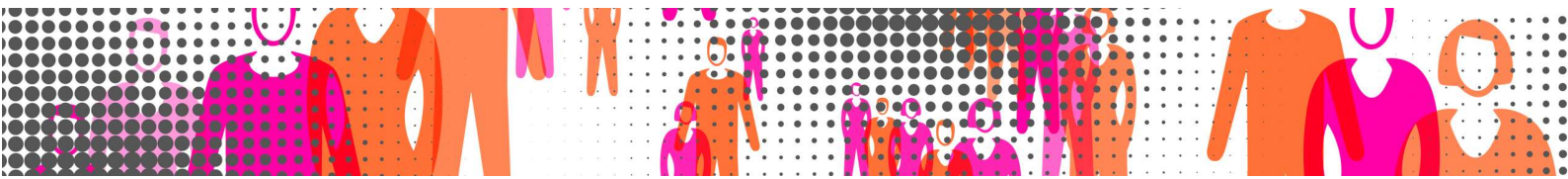
Call for Papers

**Die Zukunft des Generationenvertrags:
Zum Geben und Nehmen in Zeiten von Polykrise**

**Gemeinsame Veranstaltung der DGS-Sektionen Alter(n) und Gesellschaft,
sowie Wirtschaftssoziologie auf dem 43. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie
„Zukünfte der Gesellschaft“ vom 28.09.-02.10.2026 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz**

Jede Generation profitiert von den Ressourcen, Leistungen und Chancen früherer Generationen und ist zugleich darauf angewiesen, dass auch künftige Generationen sorgsam mit eben diesen umgehen. Der Generationenvertrag baut auf diesem Prinzip auf: Er ist ein generationenübergreifendes Solidaritätsversprechen, füreinander zu sorgen. So ist er fest in der gesetzlichen Rentenversicherung verankert – die arbeitenden Generationen zeigen sich solidarisch mit ihren Vorgängern und finanzieren ihnen den Ruhestand. Dafür erhalten sie das Versprechen, dass auch künftige Generationen für sie sorgen werden. Das Prinzip des Generationenvertrags lässt sich jedoch auch auf andere gesellschaftliche Bereiche und Herausforderungen übertragen. Ob Klimaschutz, Bildung oder Demokratie – stets geht es um einen fairen und nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zum Wohle junger wie alter Generationen.

In Zeiten der Polykrise gerät dieses Geben und Nehmen zunehmend unter Druck. Wenn beispielsweise Finanzkrisen, Inflation und schwaches Wirtschaftswachstum zu sinkenden Erwerbseinkommen und einem zunehmenden Bedeutungsverlust des Normalarbeitsverhältnisses führen und gleichzeitig die Ausgaben für Rente, Gesundheit und Pflege steigen, wird die finanzielle Tragfähigkeit des Generationenvertrags neu in Frage gestellt. So macht es die Kombination aus sinkenden Geburtenraten, steigender Lebenserwartung und einer wenig vorhersehbaren Zuwanderung unumgänglich, gesellschaftlich neu zu verhandeln, wer Teil der Solidargemeinschaft ist, welche Beiträge von wem geleistet werden müssen, welche (weiteren) Ressourcen für die solidarische Finanzierung der sozialen Sicherung herangezogen werden und welche Leistungen als generationengerecht angesehen werden können. Wenn sich private Vermögen zunehmend in den Händen weniger konzentrieren und zugleich die staatliche Verschuldung wächst, stellt sich nicht nur die Frage, ob das Solidaritätsversprechen von allen in angemessenem Maße getragen wird, sondern auch, ob der Staat noch in der Lage ist, als Garant für dieses Versprechen einzustehen. Wenn aktuelle Generationen in Friedenszeiten oder gar nicht gedient haben, scheint die Legitimation einen verpflichtenden Wehrdienst einzufordern zumindest aus der Perspektive eines Generationenvertrages brüchig. Führen Klimakrise und Ressourcenverbrauch schließlich dazu, dass jüngere Generationen einseitig mit den Folgen der Wirtschafts- und Lebensweisen früherer Generationen belastet werden, drohen diese intergenerationellen Versprechen gebrochen zu werden. Vor diesem Hintergrund ist es für die Soziologie an der Zeit, intergenerationale Solidaritätsversprechen und Forderungen nach Generationengerechtigkeit (kritisch) in den Blick zu nehmen und zu fragen:



**ZUKÜNFT DER GESELLSCHAFT 43. KONGRESS
DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE
JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT JGU MAINZ
28. SEPTEMBER – 02. OKTOBER 2026**

Bedarf es einer Neuverhandlung des Gebens und Nehmens zwischen den Generationen und welche Herausforderungen, Chancen und Risiken bringt dies mit sich?

In der gemeinsamen Sitzung der Sektionen Alter(n) und Gesellschaft sowie Wirtschaftssoziologie wollen wir dieser Frage nachgehen und diskutieren, wie es um die Zukunft des Generationenvertrags steht. Im Fokus stehen dabei einerseits die weitreichenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen, die zu erwarten sind, wenn der Generationenvertrag nicht mehr eingehalten werden kann. Andererseits begrüßen wir Beiträge, die auf gesellschaftliche Teilbereiche und alternative Modelle verweisen, aus denen konkrete Maßnahmen zur Förderung von Generationengerechtigkeit abgeleitet werden können. Vorträge könnten beispielsweise folgende Themen und Fragestellungen umfassen:

- Führt eine Gesellschaft des langen Lebens zu einer finanziellen Überbelastung junger Generationen oder eher zu einer Prekarisierung des Alters?
- Die Zukunft der Solidargemeinschaft – wer gehört dazu? Wo endet die finanzielle Solidarität?
- Braucht es einen neuen Generationenvertrag für die Alterssicherung?
- Geben und Nehmen in der Pflege: Wie weit trägt familiäre Unterstützung?
- Zum Sterben zu viel zum Leben zu wenig: Altersarmut als neue Normalität?
- Inwieweit stellen sich durch die zunehmende Vermögensungleichheit neue Gerechtigkeitsfragen zwischen den Generationen?
- Inwieweit stellen Erbschaften einen Mechanismus zur Herstellung oder zur Bedrohung intergenerationaler Solidarität dar?
- Wer zahlt morgen für die heutige Politik? Intergenerationale Lastenverschiebungen
- Staatliche Verschuldung für Infrastruktur, soziale Sicherung und Verteidigung – gerecht oder ungerecht?
- Wie sieht ein klimagerechter Generationenvertrag aus?
- Boomer versus Gen Z? Generationennarrative zwischen Schuldzuweisung, Undankbarkeit und politischer Verantwortung
- Narrative von (Un)Dankbarkeit und (Un)Schuld zwischen Generationen
- Sozio-ökonomische Zuschreibung an Generationen: Reiche Boomer und faule Gen-Z
- Politische Repräsentation von Generationen: Demokratie im Spannungsfeld demografischer Ungleichgewichte
- Theoretische Reflektionen zu Generationenvertrag, Generationenkonflikt und Generationengerechtigkeit aus den Perspektiven der Alter(n)s- und Wirtschaftssoziologie

**Wir bitten um die Einreichung von Abstracts (maximal eine Seite) bis zum 31.03.2026
an die Vorstände der beiden Sektionen:**

andreas.jansen@uni-due.de; wanka@em.uni-frankfurt.de; stamm@tu-berlin.de; Lisa.Suckert@uantwerpen.be; katharina.zimmermann@uni-hamburg.de; philipp.golka@mpifg.de

